

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Nr. 147.

Dresden, Mittwoch den 30. Juni 1909.

20. Jahrg.

Die gesamte werktätige Bevölkerung hat die Pflicht, in den am Donnerstag und Freitag stattfindenden Versammlungen zu erscheinen. Der mächtige Protest des arbeitenden Volkes soll erschallen:

Gegen die ungeheuerliche Steuerbedrückung! Gegen die ganze reaktionäre Mißwirtschaft im Reiche!

Die Karikatur eines Reiches.

Die ganze Reichspolitik ist ein ungeheures wüßes Herrsch, eine ebenso lächerliche wie jammervolle Karikatur. Nichts im Reiche ist durch Sinn und Vernunft bestimmt. Alles ist halbes und verworren. Und jede Stunde steht die sogenannte deutsche Reichspolitik von neuem vor der Frage: Was nun? Was soll die nächste Stunde bringen?

Wäre das deutsche Volk mehr politische Reife als es jetzt ist, würde diesen lächerlichen, unglücklichen Zuständen schnell ein entscheidendes Ende bereiten. Es würde aufstehen und eine geordnete Wirtschaft schaffen. Doch vorläufig laufen die Dinge noch allzu müde im Sinne der schlechten Gewöhnung. Vielleicht aber wird die jetzige Reichspolitik vielen das Bewußtsein der Unmöglichkeit unserer Zustände stärken.

Der Kaiser ist in Kiel auf der Sportwoche. Er hat den Reichskanzler eine Stunde auf der Jagd empfangen. Er hat ihm gestattet, dem Kaiser aus dem Knie zu stehen. Er ist in Kiel, während die wichtigsten politischen Ereignisse sich in Berlin abspielen. Er empfängt — was ist die Lage während der Kaiserreise in den „deutschdeutschen Novembertagen“ — die Regierungschefs des Reiches aus der Ferne, neben anderen Besichtigungen her ...

Das Reichskanzler aber hat das Reich überhaupt noch einen obersten Verantwortlichen und leitenden Staatsmann? Ist Herr v. Bülow eigentlich noch Kanzler oder ist er es nicht? Er ist nur noch ein Interimskanzler. Das Reich hat eine ganz neue Staatsrichtung gewonnen: Kanzlerschaft auf Rebergang, auf Provisorium.

Ein herabender Reichskanzler soll noch den starken Mann spielen, der die Reichsregierung der neuen Steuern aus aller Notwendigkeit rettet. Dieser geistliche Kanzler soll die geeignete Autorität sein, um den „Regierungsräten“ gegen die konterwärtig-merkwürdigen Kräfte durchzusetzen.

Doch ist dieser Kanzler etwa gar nicht der müde, todesmüde Mann, als den er sich durch seinen Amtsbericht ausgiebt? Soll er nicht alle beschuldigen, die ihn doch zu bleiben. Der Kaiser willigt nur ungern in die Herabsetzung. Die Liberalen sind unglücklich, daß sie den Kanzler verlieren, der so selbstständig war, sie zur „Arbeit“ zulassen zu wollen. Die Konservativen sind entsetzt, daß Herr Bülow das bisherige Erbschaftssteuer so tragisch nehme. Sogar das Zentrum gibt sich den Schein, als habe es nicht daran, Bülow loswerden zu wollen. Ja, sie alle sehen ihn ungern scheiden oder wollen ihn doch weiter haben. Jede Partei stellt nur die keine Bedingung, daß er ihren Geboten gehorcht.

Die Verfassung des Reiches weiß aber nichts von Parteiverweigerung, von parlamentarischer Verantwortlichkeit. Herr v. Bülow erklärt auch, er stelle sich keiner einzelnen Partei zur Verfügung. Was möchte er also tun? Im Dezember 1908 löste er den Reichstag auf — wegen einer Minderheit, wegen einer vorgeschwindelten „nationalen Frage“. Jetzt besteht eine wirkliche und erhebliche Differenz zwischen Regierung und Konservativen. Aber jetzt löst die Regierung nicht auf, sondern der regierende Kanzler legt den Taktstock nieder. Bülow mag gehen, weil der reichsdeutsche Regierungsdiktator vom preussischen Imperialismus regiert wird! Bülow darf nur eine kurze Frist noch weilen, um mit den Konservativen zu verhandeln, die ihm das Weiden unmöglich gemacht haben.

Und die Liberalen? Sie sind trübselig, daß der Kanzler davon soll, der ihnen erlaubt hatte, ihre liberalen „Überzeugungen“ zu verwalten. Sie reden sich aber untröstlich empor und schreiben, daß sie — den Konservativen und dem Zentrum es überlassen werden, die Finanzreform fertig zu machen. Sie wagen sogar, an Reichstagsauflösung zu denken, vorausgesetzt, daß — die Regierung mit ihnen geht. Da aber die Regierung mit den Konservativen verhandeln will, so werden die Liberalen bald davon denken müssen, daß sie nur nicht völlig „ausgeschaltet“ werden.

Das deutsche Regierungswesen und das deutsche Parteiwesen sind unentwirrbar verknüpft. Eine Entwirrung ist nur möglich, wenn dieser gordische Knoten mit scharfen Schwerten durchhauen würde, wenn neue Grundbedingungen des politischen Lebens in Deutschland geschaffen würden.

Aufschwunggerichte

gehen noch immer um. Sie erscheinen jedoch nur noch als Dürrenmander. Die Börse müde durch die Drohung mit der Aufhebung der Erbschaftsteuer von sich fern halten. Die Konservativen werden jetzt den Regierungen weit genug entgegenkommen. Sie sind ja die Erbschaftsteuer los und die Erbschaftsteuer war für sie nur ein taktisches Mittel, das seinen Dienst vollstaus getan hat. Die Regierungen denken natürlich nicht daran, eine Aufhebung der Erbschaftsteuer zu unternehmen, da der Feldherr schon vor der Schlacht die Flucht ergriffen hat.

Die Kapitalistenverhandlungen.

Berlin, 30. Juni. Ein Kompromiß bezüglich der Reichsfinanzreform wird dahin angestrebt, als Ersatzsteuer für die von der Regierung abgelehnten Erbschaft-, Einkommen-, und Körperschaftsteuer solche zu lassen, die die Börse befehen, darunter eine Dividenden-, Effekten- und Immobiliensteuer.

Berlin, 30. Juni. In Regierungskreisen nimmt man auf eine sehr schnelle Einigung über die weitere Ausgestaltung der Finanzreform großen Hebel. Die Reichsfinanzreform soll am 7. Juli fertig werden, und zwar auf folgender Grundlage:

1. Eine neue Dividendensteuer von 2 Prozent,
 2. die Erhebung des Effektenspekulanten entsprechend dem konservativen Vorschlag,
 3. eine Erhöhung der Effektenspekulanten, aber nicht in der von den Konservativen bisher beantragten Höhe,
 4. eine geringe Erhöhung der Körperschaftsteuer, deren Höhe niedriger sein soll als die bisher von den Konservativen beantragte, endlich
 5. ein Einkommen auf Erbschaft.
- Das Statistisches Bureau hat sich hermitlich geäußert.

München, 29. Juni. Die Münchener Reichs-Rat, werden aus Berlin: Wie und von welcher Seite mitgeteilt wird, ist ein Einverständnis zwischen der Regierung und den Konservativen bezüglich der Bekämpfung der Börse mit neuen Steuern erzielt worden. Die Reichsfinanzreform soll am 7. Juli fertig werden, und zwar auf folgender Grundlage:

1. Eine neue Dividendensteuer von 2 Prozent,
 2. die Erhebung des Effektenspekulanten entsprechend dem konservativen Vorschlag,
 3. eine Erhöhung der Effektenspekulanten, aber nicht in der von den Konservativen bisher beantragten Höhe,
 4. eine geringe Erhöhung der Körperschaftsteuer, deren Höhe niedriger sein soll als die bisher von den Konservativen beantragte, endlich
 5. ein Einkommen auf Erbschaft.
- Das Statistisches Bureau hat sich hermitlich geäußert.

Umfall des Bundesrates.

Berlin, 29. Juni. Die königliche Zeitung schreibt unter der Überschrift „Umfall der Bundesrat-Regierungen“, daß die jetzige Krise einzig und allein dem Umfalle der Bundesrat-Regierungen entspringt. Sie haben das positive Ergebnis der Reichstagsverhandlungen gar nicht ernst abgelehnt, sondern im voraus erklärt, daß sie die Reform mit der neuen Mehrheit machen wollen. Die Reichsregierung wollte keinen Teil der Finanzreform bis zum Herbst verschieben, sondern auf dem Kompromißwege die Sache schneller erledigen. Damit sei der Rücktritt des Reichskanzlers unbedingt notwendig geworden.

Die großen Liberalen.

Die Nationalliberalen Korrespondenz veröffentlichte folgende Erklärung:

„Es finden sich in der Presse Andeutungen, wonach mit den Nationalliberalen behufs Anschlusses an den schwarzen Block verhandelt wird. Wir stellen fest, daß bei den maßgebenden Stellen der nationalliberalen Partei von solchen Versuchen die Partei von ihrem Wohl erwogen und seit eingewonnenen Standpunkte abgelehnt, nicht beabsichtigt. Wir nehmen an, daß solche Versuche auch unterbleiben werden, da sie gänzlich aussichtslos sind. Die Partei wird mit der erfreulichen Einmütigkeit, die ihre Aktion bisher ausgezeichnet hat, ihren Weg weiter gehen. Sie beharrt darin, daß die Finanzreform eine Grundhaltung erhalten hat, die ihr die Zustimmung unmöglich macht. Sie muß lassen, diese sogenannte Finanzreform allein nach seinen Intentionen zu Ende zu führen.“

Höhere Arbeitsleistung bei kürzerer Arbeitszeit.

Wirtschaftliche Krisen, Mangel an Aufträgen haben bereits in zahlreichen Fabriken zu einer dauernden Verkürzung der Arbeitszeit geführt, nachdem die Unternehmer zu ihrer großen Ueberraschung erfahren hatten, daß in der zur Einschränkung der Produktion angeordneten längeren Arbeitszeit mehr geleistet worden war als früher, wodurch gleichzeitig sich die Produktionskosten durch Ersparnis von Licht, Heizmaterial usw. verringerten. Inwieweit die jüngste Krise nach dieser Richtung hin gewirkt hat, darüber ist noch nichts bekannt geworden. Von einzelnen größeren Betrieben steht jedoch fest, daß sie die infolge Arbeitsmangels erzwungene verkürzte Arbeitszeit bis jetzt beibehalten haben, wovon der Schluß gezogen werden kann, daß ebenfalls günstige Erfahrungen gemacht worden sind. Im allgemeinen lassen sich freilich die Unternehmer auch durch die besten Erfahrungen nicht bewegen, die Arbeitszeit freiwillig zu verkürzen, und sie müssen erst durch die Organisationen der Arbeiter dazu gezwungen werden. Die meisten Unternehmer leben in dem festen Glauben, daß, wenn nicht die Arbeiter, so doch bestimmt die feiner Einwirkung unterworfenen Maschinen in 10 oder 12 Stunden unter allen Umständen mehr leisten als in 8 oder 8 Stunden. Und doch steht fest, daß dem nicht so ist, daß die ganze bisherige Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur keine Abnahme, sondern eine Zunahme der Produktion zur Folge hatte, und dies gerade in der Großindustrie, wo die Maschinenarbeit am ausgebildetsten ist. Denn es gibt keine Maschinenarbeit ohne Zutun menschlicher Arbeit und menschlicher Geschicklichkeit, und die höhere Arbeitsintensität bei kürzerer Arbeitszeit kommt bei der Maschinenarbeit weit mehr zur Geltung als bei der Handarbeit.

Ueber diese zuerst auffällige und nun als so selbstverständlich erscheinende Tatsache hat sich eine große Wissenschaft herausgebildet. Von nationalökonomischen und industriellen Standpunkten, vom psychologischen und physiologischen Standpunkte aus wurde das Geheimnis erforscht, warum der Mensch in 8 oder 9 Stunden mehr arbeiten kann als in 10, 11 oder gar 15 Stunden. Die Ergebnisse dieser Forschungen hat nun Ernst Bernhardt aus der nachstehenden, hierüber vorliegenden Werke und Aufsätzen geschildert und in einem kleinen Werkchen verarbeitet. Die von ihm angeführten Erfahrungen mit der verkürzten Arbeitszeit sind meistens bekannt. Er stellt die Resultate mit verkürzter Arbeitszeit in Schiffswerften, Maschinenfabriken, Baumwollspinnereien, optischen Werkstätten usw. zusammen, weil diese Betriebe die verschiedensten technischen Prozesse umfassen. Alle Kategorien industrieller Arbeit sind in ihnen vertreten: von koordinierter Individualarbeit, die aus persönlicher Energie, Aufmerksamkeit und Fähigkeit entspringt, bis zur getriggerten Gruppenarbeit, die auf Subordination, auf der guten Organisation, der gegenseitigen Anpassung, dem richtigen und schnellen Zusammenarbeiten der Gruppenmitglieder beruht. Und immer ist das Resultat das gleiche: die Arbeitsleistung ist mit der kürzeren Arbeitszeit gesteigert. „Die Tendenz höherer Arbeitsintensität bei kürzerer Arbeitszeit erscheint durch die Tatsache wirklich einigermassen gesichert“, meint deshalb der Verfasser.

In Deutschland liegen die Textildindustriellen der Verkürzung der Arbeitszeit noch den größten Widerstand entgegen. Man erinnere sich des Kampfes in Grimnitzkau um Beseitigung des elftündigen Arbeitstages und des Lärms der sächsischen Textildindustriellen, als der elftündige Maximalarbeitszeit der Arbeiterinnen eine kleine Einschränkung erfuhr. Bernhardt weist aber nach, daß die Verkürzung der Arbeitszeit in der Textilindustrie ganz dieselben Erfolge zeitigen muß wie in anderen Industrien. Die Verkürzung des Produktionsprozesses vollzieht sich bei der Maschinenarbeit nämlich durch Verminderung der Pausen an Zahl und Dauer, d. h. eine größere Anzahl Produktionsakte wird auf eine gleichbleibende Spanne Zeit zusammengedrängt. „In den Weberereien“, so laßt der Überredungsredaktor von München-München, liegt es in der Hand der Arbeiter, durch bessere Ausnutzung der Zeit, d. h. durch flinkere und aufmerksommere Bedienung

Höhere Arbeitsintensität bei kürzerer Arbeitszeit, ihre personalen und technischen Voraussetzungen. Von Ernst Bernhardt, Staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen. Herausgegeben von Gust. Schmöller und Max Sering. 138. Leipzig, Dunder u. Humblot, 1909.

Vertical text on the left margin, likely bleed-through or a separate column of text.